

INHALT

<i>Wolfgang Sander</i> : Identität – zur Einführung in das Schwerpunktthema	9
<i>Christine Engartner, Michael Schedelik, Tim Engartner</i> : Demokratische Identität als Ziel schulischer politischer Bildung	17
<i>Stefan Müller</i> : Identität und antisemitische Ressentiments in Bildungskontexten ..	36
<i>Sabine Lippert, Leif Mönter</i> : Building the nation or building society? Analyse zur Darstellung raumbezogener Identität in Schulbüchern gesellschaftswissenschaftlicher Integrationsfächer	55
<i>Christiane Hintermann, Daniel Raithofer, Herbert Pichler, Felix M. Bergmeister</i> : Wie Wiener Jugendliche Identitäten (medial) aushandeln: Ein Beitrag zu Theorie und Praxis im politisch bildenden Geographieunterricht	79
Forum	
<i>Urban Sager</i> : Wie erzählen Schweizer Jugendliche die Geschichte ihres Landes?	99
<i>Daniel Brandau</i> : Hintergrunderzählung, Erfindermythos, Fortschrittskritik? Entwicklung und Potenziale der Technikgeschichte im Geschichtsunterricht	114
Werkstatt	
<i>Christian Fischer</i> : Inwieweit ist die Auseinandersetzung mit Ostdeutschland für ostdeutsche Jugendliche identitätsrelevant?	129
Buchbesprechung	
Tim Engartner, Reinhold Hedtke, Bettina Zurstrassen: Sozialwissenschaftliche Bildung. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (von Marc Partetzke)	135
Claudia Gärtner, Jan-Hendrik Herbst (Hg.): Kritisch-emanzipatorische Religionspädagogik. Diskurse zwischen Theologie, Pädagogik und Politischer Bildung (von Maria Schneider)	138

Daniel Giere: Computerspiele – Medienbildung – historisches Lernen. Zu Repräsentation und Rezeption von Geschichte in digitalen Spielen (von Florian Aumayr)	141
Martin Rothgangel, Ulf Abraham, Horst Bayrhuber, Volker Frederking, Werner Jank, Helmut Johannes Vollmer (Hg.): Lernen im Fach und über das Fach hinaus. Bestandsaufnahmen und Forschungsperspektiven aus 17 Fachdidaktiken im Vergleich. Allgemeine Fachdidaktik, Bd. 2 (von Holger Thünemann).....	144
Abstracts	146
Autorinnen und Autoren dieses Heftes	149

■ **Wolfgang Sander**

Identität – zur Einführung in das Schwerpunktthema

Wenn von ‚Identität‘ die Rede war, ging es lange im Wesentlichen um das Selbstkonzept von Individuen. Wie jemand sich selbst sieht, das scheint seine oder ihre Identität zu sein. Als Begriff taucht Identität erst im 19. Jahrhundert auf (Nicke 2018, 1). In der Psychologie und den Sozialwissenschaften fand er zunächst im Anschluss an Erik H. Erikson Verbreitung, der 1950 in einer viel zitierten Studie „Ich-Identität“ als Ergebnis der gelungenen Bewältigung von acht Phasen psychosozialer Entwicklung definierte (Erikson 2005). Auch wenn sich Identität nach diesem Verständnis in der Auseinandersetzung des Individuums mit Regeln und Erwartungen der gesellschaftlichen Umgebung entwickelt, verblieb die Debatte über Identität noch lange im vorpolitischen Raum. Das hat sich inzwischen durch identitätspolitische Konzepte, Strategien und Konflikte grundlegend verändert (siehe unten).

Kollektive Identitäten und ‚Othering‘

Nun sind Menschen bekanntlich soziale Wesen, die in kleineren und größeren Verbänden leben, deren Zahl sich in modernen Gesellschaften vervielfacht hat. Solche Verbände implizieren in der Regel Aspekte einer gemeinsamen Identität für ihre Mitglieder. Das gilt beispielsweise für Familien nicht anders als für Peer-Groups, Vereine und Verbände, Städte und Regionen, Parteien und NGOs. Damit wird der Identitätsbegriff vom Individuum auf seine diversen sozialen Zugehörigkeiten erweitert: „Eine Identität zu haben kann Ihnen ein Gefühl davon vermitteln, wie Sie in die soziale Welt hineinpassen. Das heißt, jede Identität bietet Ihnen die Möglichkeit, als ‚ich‘ unter mehreren ‚wir‘ zu sprechen und damit zu einem ‚wir‘ zu gehören.“ (Appiah 2019, 28) Zu solchen kollektiven Identitäten gehört die Unterscheidung zwischen ‚wir‘ und ‚ihr‘, also die Unterscheidung von als *anders* definierten Verbänden. Für politische Ordnungen, gerade auch für demokratische, sind diese Unterscheidungen zwingend: „Ohne eine definitive Vorstellung von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit können weder Partizipation umfassend begründet noch Solidarität formell institutionalisiert werden“ (Münkler 1996, 66).

Dieses ‚Othering‘, also die Unterscheidung zwischen wir und den anderen, hat in liberalen Gesellschaften heute manchmal einen schlechten Ruf, weil damit oft die Abwertung von als ‚anders‘ kategorisierten Menschen(gruppen) assoziiert wird. Dies ist aber nicht notwendigerweise der Fall. Allerdings sind *Vorurteile* zwischen Angehörigen verschiedener Gruppen und Verbänden schwer zu vermeiden, denn Orientierung in komplexen Gesellschaften wäre unmöglich, wenn man sich von anderen Menschen erst dann ein Bild machen könnte oder dürfte, wenn man diese intensiver persönlich kennengelernt hat. Es macht aber für das Zusammenleben und den sozialen Frieden einen Unterschied, ob solche Vorurteile als vorläufige, für Veränderung durch neue Erfahrungen offene Einschätzungen verstanden werden, oder ob sie sich zu *Ressentiments* verhärten, mit denen sich Menschen gegen solche neuen Erfahrungen gerade abschotten.

Michael Walzer hat am Beispiel seiner eigenen Biographie die Chancen beschrieben, die aus der Vielfalt an Zugehörigkeiten erwachsen können, die moderne Gesellschaften Menschen ermöglichen: „Wenn ich mich sicher fühlen kann, werde ich eine komplexere Identität erwerben. (...) Ich werde mich mit mehr als einer Gruppe identifizieren; ich werde Amerikaner, Jude, Ostküstenbewohner, Intellektueller und Professor sein. Man stelle sich eine ähnliche Vervielfältigung der Identitäten überall auf der Welt vor, und die Erde beginnt, wie ein weniger gefährlicher Ort auszusehen. Wenn sich die Identitäten vervielfältigen, teilen sich die Leidenschaften.“ (Walzer 1992, 136) Aber indirekt spricht Walzer damit auch die Gefahr an, die von kollektiven Identitäten ausgehen kann: Sie können mit großen Leidenschaften verbunden sein, die sich politisch mobilisieren und instrumentalisieren lassen und von denen ein destruktives Potenzial ausgehen kann. Genau dies ist bei *Identitätspolitik* der Fall.

Identitätspolitik und Moralisierung

Ein geschichtsmächtiges Beispiel für diese Gefahren von Identitätspolitik ist der Nationalismus. Ihn kennzeichnet der Dominanzanspruch nationaler Identität über andere Formen kollektiver Identitäten, verbunden mit dem Ziel einer Homogenisierung der eigenen Gesellschaft. Mehr als einmal hat dies in der jüngeren Geschichte zu massiver Gewalt geführt: „Viele der Völkermorde des 20. Jahrhunderts – an den Armeniern in der Türkei, an den Juden Europas und an den Tutsi in Ruanda – wurden im Namen eines Volkes an einem anderen begangen, um eine homogene Nation zu schaffen. Doch sie bildeten nur das äußerste Ende eines Spektrums, zu dem auch Massenvertreibungen, erzwungene Assimilation und die Unterdrückung von Minderheiten gehören.“ (Appiah 2019, 120) Der nationalistischen, politisch in der Regel ‚rechts‘

verorteten Identitätspolitik korrespondierten im 20. Jahrhundert auf der ‚linken‘ Seite des politischen Spektrums klassenpolitische Identitätsstrategien, die ebenfalls in großem Stil zu Verfolgungs- und Vernichtungsaktionen gegen Angehörige von als Feinden konstruierten sozialen Klassen führten, so vor allem in der stalinistischen Sowjetunion, in China und in Kambodscha.

Nachdem sie lange eher ein Randphänomen waren, haben im heutigen Europa nationalistische Varianten von Identitätspolitik in rechtspopulistischen und rechts-extremen Parteien und Bewegungen wieder an Bedeutung gewonnen. Ausdrücklich zu einer politisch rechten Identitätspolitik bekennt sich die erst in den 2010er-Jahren entstandene kleine, aber viel Aufmerksamkeit erregende und vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestufte „Identitäre Bewegung“. Sie imitiert in ihren Aktionsformen politisch links orientierte NGOs wie etwa Greenpeace und versucht mit einer Ideologie des ‚Ethnopluralismus‘ rechter Identitätspolitik ein scheinbar modernes Gesicht zu geben.

Neue identitätspolitische Konzepte von sich politisch als ‚links‘ verstehenden Akteuren unterscheiden sich von traditionellen Themen, Denkweisen und Adressaten linker Politik. Statt Interessen benachteiligter Mehrheiten oder mindestens sehr großer Teile der Gesellschaft unter der Leitperspektive sozialer Gerechtigkeit vertreten zu wollen, geht es dieser neuen Identitätspolitik um Angehörige von Minderheiten, deren kollektive Identität von der Mehrheitsgesellschaft nicht genügend anerkannt werde. Dies bezieht sich vor allem auf Gruppen und Minderheiten, die durch Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft oder Religion – konkreter den Islam, um den es in diesem Zusammenhang praktisch ausschließlich geht – verbunden sind. Die jeweils verbindenden Merkmale und die innerhalb der jeweiligen Gruppe üblichen Verhaltensweisen werden von einschlägigen Akteuren meist in dem Sinn essenzialisiert, dass sie „nicht einfach nur ein persönlicher Lebensstil sind, sondern als Ausdruck ihrer Identität geltend gemacht werden, also ihrer Unverwechselbarkeit und Authentizität.“ (Llangue 2018, 5) Diese sei durch Diskriminierung seitens der Mehrheitsgesellschaft gefährdet. Als Formen solcher Diskriminierung werden vor allem ‚Sexismus‘, ‚Homophobie‘, ‚Heteronormativität‘, ‚Rassismus‘ und ‚Islamophobie‘ gebrandmarkt. Meist geschieht das in hochgradig moralisierender Form, mittels derer im politischen Kampf „die glaubwürdige Behauptung, es ginge um nichts weniger als die Identität, zu einem erheblichen Vorteil“ verhilft (ebd., 9). Oftmals werden dabei mittels sehr weit gefasster Begriffsverständnisse hinreichend große Problemfelder überhaupt erst konstruiert, so etwa, wenn der Begriff Rassismus von allen biologischen Aspekten gelöst und als ‚Kulturassismus‘ und ‚Rassismus ohne Rassen‘ umdefiniert wird.

Diese Denkweise hat ihre Wurzeln in den USA, verbreitet sich aber in jüngster Zeit zunehmend auch im deutschsprachigen Raum. Allerdings ist sie politisch wie wissenschaftlich hoch umstritten. Strittig ist dabei unter anderem, inwieweit deren politische Einordnung als ‚links‘ angemessen ist, denn auch von Akteuren aus der politischen Linken wird teils heftige Kritik an dieser neuen Identitätspolitik geübt (vgl. u.a. Pfaller 2018, Fourest 2020, Wagenknecht 2021).

Dieser Diskussion kann hier im Einzelnen nicht näher nachgegangen werden. Als Beispiel sei lediglich die anschauliche Kritik am identitätspolitischen Rassismusbegriff zitiert, die der Rechtswissenschaftler Uwe Kischel anhand von Beispielen aus dem einschlägigen Diskurs formuliert hat:

„Sie sind ein Rassist, wenn sie von ‚Nationen‘ oder von ‚europäischer Kultur‘ sprechen und Unterscheidungen auf dieser Grundlage treffen. Die bloße Verwendung des Wortes ‚Ausländer‘ ist ein rassistischer Marker. Rassismus lag in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg darin, Gastarbeiter vornehmlich als Arbeitskräfte zu betrachten, Ausländer zur Rückkehr zu ermutigen, oder in dem Satz, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Rassistisch ist es demnach auch, Nichtdeutsche anders zu behandeln als Deutsche – gerade auch in Staatsbürgerschaftsgesetzen oder im Aufenthalts- und Asylrecht (und übrigens auch im Grundgesetz). Als rassistisch wurde es schon angesehen, die weibliche Genitalverstümmelung mit diesem Wort zu bezeichnen. Rassist ist, wer Muttersprachler von Nichtmuttersprachlern unterscheidet, wer Integration für eine Anforderung hält oder wer auch nur von einer ‚anderen Kultur‘ spricht. (...) Hier wird ein in der Gesellschaft emotional außerordentlich negativ besetzter Begriff schlicht auf gänzlich andere Sachverhalte umgemünzt, um so für eigene ideologische Zwecke von der fast schon instinktiven Ablehnung und den Schuldgefühlen zu profitieren, die die Bezeichnung als ‚rassistisch‘ oder gar ‚Rassist‘ bei den Betroffenen und in der breiten Bevölkerung hervorruft.“ (Kischel 2021, 6)

Neue Herausforderungen für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer

Für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sind diese neuen Formen von Identitätspolitik gleich auf mehreren Ebenen relevant. Zunächst handelt es sich um kontroverse *politische* Phänomene, die als solche zu den *Lerngegenständen* in Schule und außerschulischer Bildung gehören sollten. Politisch brisant sind sie vor allem aus zwei Gründen:

Erstens werden demokratiepolitisch problematische Effekte befürchtet. Identitätspolitik vertritt nicht einfach nur, wie für demokratische Politik üblich, Interessen von Gruppen. Mindestens teilweise verdeckt sie diese Gruppeninteressen durch einen moralisierenden Gestus, vor allem aber sind „Identitäten (...) unverträglich mit Kompromissen, sie werden durch sie geradezu kompromittiert.“ (Llangue 2018, 9) Typisch für den Gestus identitätspolitischen Auftretens ist der Anspruch der Unverhandelbarkeit eigener Identitätsansprüche und der offene Kampf um Dominanz in sozialen Räumen, sei es, um Beispiele zu nennen, in sozialen Medien, in der Auseinandersetzung um Sprach- und Schreibregelungen, in Forderungen nach dem Verschwinden bestimmter Artefakte (z.B. Denkmäler) oder in dem generellen Anspruch, zu bestimmten Themen dürften nur ‚Betroffene‘ sprechen. Pfaller sieht hier Gefahren für die demokratische Öffentlichkeit: „Gerade diese Fähigkeit, im öffentlichen Raum das eigene, vermeintlich authentische Selbst hintanzustellen, war die entscheidende Tugend mündiger Bürgerlichkeit. Respekt verdiente man für diese Leistung (das Hintanstellen des Selbst) – und eben nicht (...) für dieses Selbst in seiner vermeintlichen Identitätskostbarkeit oder Verletzlichkeit. (...) Gleichheit setzt Erwachsenheit voraus: die Fähigkeit, vom Privaten und Persönlichen abzusehen und nur das öffentlich Relevante zu behandeln. Dagegen ist die Unterwerfung des öffentlichen Raumes unter die Kriterien persönlicher Empfindlichkeit – die Fähigkeit, sich verletzt zu fühlen, und den Zwang, dies sofort kundzutun – die stärkste Ressource zum Abbau von bürgerlicher Teilhabe und Politikfähigkeit.“ (Pfaller 2018, 24)

Zweitens wird Identitätspolitik für die gesellschaftliche und politische Polarisierung mit verantwortlich gemacht, die derzeit die westlichen Demokratien bedroht. Die neue ‚linke‘ Identitätspolitik ist keineswegs unabhängig von Schichten und Klassen in der Gesellschaft verankert, sondern hat ihre soziale Basis in den Milieus, die der Soziologe Andreas Reckwitz der „neuen Mittelklasse“ zurechnet (Reckwitz 2017). Diese neue Mittelklasse ist von einer kosmopolitischen, linksliberalen und am Ideal der Selbstentfaltung orientierten Grundhaltung geprägt, verfügt über formal hohe Bildung und betreibt eine konsequente Singularisierung und Kulturalisierung ihrer Lebensformen, vom Beruf bis zur Ernährung. Diese Grundhaltungen werden freilich nach Reckwitz von der alten Mittelklasse und einer in prekären Verhältnissen lebenden Unterklasse nicht geteilt. In den USA konnte man in den letzten Jahren sehen, in welche Polarisierungen diese Konstellation führen kann: Die Politik der Demokraten war stark von den Idealen der neuen Mittelklasse geprägt, während die Republikaner unter Trump die alte Mittelklasse, insbesondere die früher eher den Demokraten zuneigende Industriearbeiterschaft, mit einer „Amerika first“-Identitätspolitik erfolgreich für sich gewinnen konnten.

Eine zweite Ebene, auf der Identitätspolitik für die Gesellschaftswissenschaften relevant ist, sind *Wissenschaft und Universität* und damit auch die *Lehrerbildung*. Die Hochschulen gehören neben den Medien und dem Kultursektor zu den bevorzugten Kampffeldern der neuen ‚linken‘ identitätspolitischen Akteure. In den deutschsprachigen Ländern kommen entsprechende Konflikte um ‚Gendergerechtigkeit‘, ‚Diversity‘, ‚white supremacy‘ oder sich ‚getriggert‘ fühlen von Texten oder Bildern, die dem eigenen Weltbild nicht entsprechen, zwar durchaus bereits vor. So warnte der Deutsche Hochschulverband bereits 2017 in einer Resolution vor einer Erosion der Streitkultur und drohendem Konformitätszwang an den Hochschulen (DHV 2017). Aber diese Tendenzen sind noch recht weit entfernt von der Situation an amerikanischen Universitäten: „An amerikanischen Universitäten werden inzwischen verbreitet Studienprogramme eingestellt, weil sie ‚too white, too European, too male‘ sind. In Yale sollen in Kunstgeschichte künftig nur noch Kurse angeboten werden, die ‚questions of gender, class and race‘ ins Zentrum stellen und sich auf das Schlüsselthema ‚climate change‘ beziehen. An meiner Universität in Kalifornien wird den ‚humanities‘ nahegelegt, sich zu ‚ethnic studies‘ oder ‚applied humanities‘ nach dem Modell der Kulturwissenschaften umzugestalten. Philosophie wurde im letzten Jahr zum überflüssigen Fach erklärt und alle Professoren entlassen. Am Department of Religion wird Studenten geraten, sich nicht länger mit ‚traditional, European, dead white guys‘ philosophy and theology‘ zu beschäftigen. Der Lehrstuhl für Religionsphilosophie durfte auf Anweisung der Universitätsleitung an keine Weiße oder Asiaten vergeben werden, sondern nur an eine ‚Person of Color‘. Berufen wurde ein Kandidat mit Schwerpunkt ‚African Studies‘, der sich weder in Publikationen noch in Forschung und Lehre mit Religionsphilosophie befasst hat. Man hätte ebenso gut einem Literaturwissenschaftler den Lehrstuhl für Ökonomie übertragen können.“ (Dalferth 2020, 6) An anderer Stelle schreibt Dalferth über die Claremont Graduate University, an der er gelehrt hat: „An der CGU kann man sich auf keine Lehrstelle bewerben, ohne seine richtige Gesinnung in einem *diversity statement* zu dokumentieren. Alle müssen regelmäßig ein *sexual harassment training* absolvieren. Überall lauern die Gefahren von Sexismus, Kolonialismus und Rassismus. Die Schere im Kopf ist allgegenwärtig und die Empfindlichkeit hoch. (...) Das Ziel ist nicht Erkenntnisgewinn, sondern die Durchsetzung von Wertorientierungen, um Machtverhältnisse zu ändern. Es beginnt mit konkreten Ereignissen, die zu Recht Empörung auslösen und nach Kritik und Korrektur verlangen. Aber dann löst sich die Kritikbewegung von ihren Anlässen, wird auf alles Mögliche andere ausgeweitet, etabliert sich an den Universitäten als progressive Neuorientierung ganzer Fachgebiete, bis schließlich jede Anfrage an sie zur moralischen Untat erklärt wird.“

(Dalferth 2021, 9 f.) Die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer an den Hochschulen sind gefordert, sich als Anwälte kritischen Denkens, freier Wissenschaft und reflexiver Bildung gegen solche Tendenzen zur Wehr zu setzen und deren Eindringen in die Lehrerbildung zu widerstehen.

Die dritte Ebene ist die der *Unterrichtspraxis* und die Frage nach der *Lehrerprofessionalität* angesichts der hier angesprochenen Entwicklungen. Mit Blick auf die verschiedenen Varianten ‚rechter‘ und ‚linker‘ Identitätspolitik sind inhaltlich zunächst Kontroversität und ein reflexiv-kritischer Umgang mit deren problematischen Effekten notwendig. Dies betrifft nicht nur das Fach der politischen Bildung, sondern auch Geschichte und Geographie, da in identitätspolitischen Argumentationen Referenzen auf die Geschichte der Sklaverei und der Kolonialisierung („links“) sowie auf nationalkulturelle Kontinuitäts- und Homogenitätsvorstellungen („rechts“) eine gewichtige Rolle spielen. Ferner gewinnt mit Blick auf Identitätspolitik die Aufgabe von Lehrerinnen und Lehrern, Wächter über Diskursivität im Unterricht zu sein, an Gewicht (Sander 2021). Diskursverweigerungen muss entschieden entgegnet werden, ob sie nun im Gewand des Rassismusvorwurfs, der Verdächtigung einer Quelle als ‚Lügenpresse‘ oder der Verweigerung einer Lektüre als ‚haram‘ erscheinen. In solchen Situationen muss wohl die Lehrerautorität neu an Bedeutung gewinnen – als Garant einer Unterrichtskultur, die an der Idee der Bildung und damit der zu fördernden Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler jenseits eines narzisstischen Ich-Kults festhält.

Die Beiträge zum Schwerpunktthema in diesem Heft

Die nachfolgenden Beiträge zum Schwerpunktthema befassen sich teils mit grundsätzlichen Fragen der Relevanz von identitätsbezogenen Fragen für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer und teils mit konkreten Forschungen zu Beispielen des Umgangs mit diesen Fragen.

Christine Engartner, Michael Schedelik und Tim Engartner diskutieren die Frage, was angesichts der aktuellen Debatten um Identität *demokratische Identität* heißen und in welcher Weise schulische politische Bildung diese fördern kann. Sie sehen es als Aufgabe politischer Bildung, das mit dem Böckenförde-Theorem – der freiheitliche Staat lebe von Voraussetzungen, der er selbst nicht garantieren könne – gestellte Problem mittels eines an den Grund- und Menschenrechten orientierten Verfassungspatriotismus‘ zu lösen.

Stefan Müller untersucht die affektive Bindung *antisemitischer Vorstellungen* an subjektive Identitäten als zentrales Problem des Umgangs mit antisemitischen Resen-

timents in Bildungskontexten und entwickelt dabei eine „dialektische Denkfigur der (Nicht-)Aufklärbarkeit von Antisemitismen“. Unter dem Aspekt der Identitätsrelevanz müssten in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus Bildungsangebote als das „bessere Versprechen“ erfahrbar sein.

Sabine Lippert und Leif Mönter stellen die Ergebnisse einer *Schulbuchanalyse* zur Darstellung raumbezogener kollektiver Identität vor. Untersucht wurden aktuelle Schulbücher für gesellschaftswissenschaftliche Integrationsfächer in Deutschland; kritisiert wird, dass die Darstellung des Eigenen und des Anderen in den Büchern zu sehr nach einem binären Schema gedacht und zu stark kulturalisiert sei.

Christiane Hintermann, Daniel Raithofer, Herbert Pichler und Felix M. Bergmeister berichten über Konzept und Ergebnisse eines *Handlungsforschungsprojekts* mit Wiener Jugendlichen mit dem Titel *MiDENTITY*, das sich den kollektiven Identitäten dieser Jugendlichen widmete. Von besonderem Interesse war hierbei die Schnittstelle von Identitätsfindung und medialer Wirklichkeitskonstruktion.

Literatur

- Appiah, Kwame Anthony (2019): *Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit*. Berlin.
- Dalferth, Ingolf (2020): Vor der Selbstabschaffung? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.7.2020.
- Dalferth, Ingo: Großprojekt Gegendiskriminierung. In: *zeitzeichen* 2/2021.
- Erikson, Erik H. (2005): *Kindheit und Gesellschaft*. 14. Aufl., Stuttgart.
- DHV (Deutscher Hochschulverband) (2017): *Zur Streit- und Debattenkultur an Universitäten. Resolution des 67. DHV-Tages in München*.
- Fourest, Caroline (2020): *Generation beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei – Über den wachsenden Einfluss identitärer Linker. Eine Kritik*. Berlin.
- Kischel, Uwe (2021): Rasse oder Rassismus? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11.2.2021.
- Llangue, Marcus (2018): *Identitätspolitik. Dimensionen eines vielschichtigen Konzepts*. In: *PO-LITIKUM* 4/2018.
- Münkler, Herfried (1996): *Reich, Nation, Europa. Modelle politischer Ordnung*. Weinheim.
- Nicke, Sascha (2018): *Der Begriff der Identität*. Online-Publikation, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 1 (URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/241035/der-begriff-der-identitaet>, 12.2.2021).
- Pfäller, Robert (2018): *Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur*. Frankfurt/M.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin.
- Sander, Wolfgang (2021): *Identität statt Diskurs? Diskursivität in der politischen Bildung und ihre Gefährdungen*. In: *Pädagogische Rundschau* 3/2021.
- Wagenknecht, Sahra (2021): *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Frankfurt/M.
- Walzer, Michael (1992): *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*. Berlin, S. 136.